



Prof. Dr. C. Katharina Spieß ist Leiterin der Abteilung Bildung und Familie des DIW Berlin

Der Beitrag gibt die Meinung der Autorinnen wieder.



Dr. Katharina Wrohlich ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Vorstandsbereich des DIW Berlin

Elterngeld und Geburtenrate – ein vielfach überstrapazierter Zusammenhang!

Das Elterngeld hat jüngst seinen zehnten Geburtstag gefeiert – und wie das bei runden Geburtstagen so ist, wurde Bilanz gezogen. Dabei hieß es auch, das Elterngeld sei gescheitert, oder, wie jüngst in der FAZ zu lesen war, „entzaubert“, da es nicht zu einem bedeutenden Anstieg der Geburtenrate geführt habe. Trotz Elterngeld habe Deutschland das „bestanderhaltende“ Niveau von zwei Geburten pro Frau nicht erreicht. Fast könnte man meinen, es sei die einzige Frage, von deren Antwort es abhängt, ob das Elterngeld ein Erfolg oder Misserfolg ist: Hat es die Geburten erhöht? Mit Blick auf unsere alternde Gesellschaft und höhere Geburtenraten in manchen Nachbarländern mag das verständlich sein. Mit Blick auf die eigentlichen Ziele des Elterngeldes ist es das aber nicht.

Denn in der Begründung des Elterngeldgesetzes ist das Ziel einer höheren Geburtenrate allenfalls indirekt zu finden. Es ging um viel mehr: Erstens sollte das Elterngeld die Einkommen und damit wirtschaftliche Stabilität von Familien stützen. Vielfältige Studien zeigen, dass dies für das erste Lebensjahr von Kindern erreicht wurde: Die Mehrheit der Familien hat durch das Elterngeld ein höheres Nettoeinkommen. Zweitens sollte das Elterngeld es Eltern ermöglichen, direkt nach der Geburt mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen – in einer Phase, in der das besonders wichtig ist. Tatsächlich ist die Erwerbstätigkeit von Müttern im ersten Lebensjahr leicht zurückgegangen. Drittens sollte das Elterngeld bewirken, dass Mütter früher in den Arbeitsmarkt zurückkehren und die im internationalen Vergleich langen Erwerbspausen reduziert werden. Tatsächlich hat die Erwerbstätigkeit im zweiten Lebensjahr nach der Geburt zugenommen und die Erwerbspausen haben insgesamt abgenommen. Dies wiederum ermöglicht langfristig ein höheres Erwerbs- und Alterseinkommen. Das Elterngeld kann also auch langfristig wirken, was sich zehn Jahre nach der Einführung noch gar nicht messen lässt. Viertens werden mit dem Elterngeld gleichstellungspolitische Ziele verfolgt: Väter sollen sich

stärker an der Erziehungsarbeit ihrer Kinder beteiligen. Wenn man bedenkt, dass die Beteiligung von Vätern, die Elternzeit nehmen, von drei auf 34 Prozent gestiegen ist, ist das durchaus ein bemerkenswerter Anstieg, auch wenn 66 Prozent der Väter nicht in Elternzeit gehen. Aber was erwartet man von einer Leistung, die erst zehn Jahre alt ist? Dass sie jahrhundertlang etablierte Normen mit einem Schlag verändert? Dennoch hat das Elterngeld bereits zur Veränderung sozialer Normen beigetragen, die mittel- bis langfristig weitere Veränderungen nach sich ziehen werden. Mütter kehren schneller in den Arbeitsmarkt zurück und immer mehr Väter nehmen Elternzeit, auch wenn es im Mittel nur drei Monate sind.

Es gab und gibt also jede Menge mehr Ziele als eine höhere Geburtenrate. Zudem: Inwiefern kann man ernsthaft erwarten, dass Einkommenstransfers, die auf das erste Lebensjahr von Kindern abzielen, Geburtenraten deutlich steigern? Selbst die vielfach als unrealistisch gescholtene ökonomische Theorie unterstellt Individuen nicht, dass sie langfristige Entscheidungen ausschließlich an kurzfristigen Einkommenszuwächsen ausrichten. Die Entscheidung für Kinder hängt von mehr ab: vom Gesamtpaket, also dem Zusammenspiel der vielen familienpolitischen Maßnahmen, und von anderen Politikfeldern wie der Arbeitsmarkt- oder Bildungspolitik.

Fakt ist auch, dass die Geburtenrate in den letzten Jahren tatsächlich gestiegen ist, von 1,34 Kinder pro Frau im Jahr 2005 auf 1,5 Kinder zehn Jahre später. Dass dies nicht nur ein Effekt des Elterngeldes ist, sondern auch andere familienpolitische Leistungen wie der Kita-Ausbau und vielleicht auch der Ausbau der Ganztagschule eine Rolle spielen, kann empirisch gezeigt oder zumindest stark vermutet werden. Wenn sich Familienpolitik auch als Demografiepolitik versteht, dann ist sie gut beraten, sich nicht nur an einer Leistung zu orientieren. Umgekehrt will Familienpolitik mehr als nur die Demografie beeinflussen. Und in diesem Sinne gibt es weiterhin viel zu tun – trotz Elterngeld!



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Prof. Dr. Mechthild Schrooten
(Hochschule Bremen)
Dr. Stefan Bach

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.